

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg == Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 21

Charlottenburg, Freitag, den 21. Mai 1915

Jahrg. 42

Pfingstgruß.

Die Ihr da draußen steht auf fernem Posten,
Gewehr und Spaten in der harten Hand,
Ihr Brüder all' im Westen und im Osten,
Als Pfingstgruß sei Euch heut das Wort gesandt:
Daß er noch lebt, dem wir uns einst geweiht:
Der Geist der Treue und der Einigkeit!

Euch rief das Land zum Streite mit den Waffen,
Der Tod umschleicht Euch lauend Tag und Nacht;
Wir dürfen hier wie sonst im Frieden schaffen,
Weil Ihr die Heimat starken Sinns bewacht.
Doch wenn uns auch nicht Stahl, nicht Eisen droht,
Es ward auch uns ein heiliges Gebot!

Die Pflicht, in trüber Ruh' nicht zu erkalten,
Weil Ihr so manchen lieben Freund begrabt,
Die Pflicht, das alte Banner hochzuhalten,
Das Ihr mit uns einst aufgerichtet habt.
Denn ob die Leben auch im Sturm verweh'n:
Was wir geschaffen, soll und muß besteh'n!

Drum nehmt als Schwur zu diesem Fest der Blüten
Von uns das schlichte und doch ernste Wort:
Die alte Treue woll'n wir hier behüten,
Wie Ihr behütet uns're Grenze dort.
Den Deserteur, Ihr heißt ihn feig, verrucht,
Und schimpflich gilt auch uns die Fahnenflucht!

Keht Ihr zurück einst aus den rauhen Winden
Des Blutgetümmels, froh mit Laub geschmückt,
Sollt Euer altes Werk Ihr wiederfinden
So festgefügt, wie Ihr's zuletzt erblickt;
In aller Glut des Krieges unverdorrt:
Das Friedenswerk, der Arbeit starken Hort!

Ein Druck der Hände dann zu neuem Bunde! . . .
Heut diesen Gruß Euch allen, die Ihr lebt!
Tragt ihn hinaus in einer Feierstunde,
Wo Frühlingshauch um stille Hügel weht,
Und sagt es leis: Ob Nacht Euch überwand,
Hell strahlt das Licht, das einst in Euch gebrannt!

Pan.

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 3. bis 8. Mai hatten bis zum Mittwoch, den 12. Mai abends noch keine Berichte eingesandt:

Blankenhain, Deesbach, Freiberg, Gehren,
Gera (Reuß), Pötschappel, Röslau, Schmiedefeld,
Schney, Spechtsbrunn, Waldershof.
Das Verbandsbüro.

Erweiterung der Kriegswochenhilfe.

Nach den bisherigen Bestimmungen der Kriegswochenhilfe konnten nur die Frauen von Kriegsteilnehmern Unterstützung erhalten, deren Männer vor Eintritt in den Heeresdienst entweder in den verfloßenen 12 Monaten 26 Wochen hindurch oder unmittelbar vorher 6 Wochen einer Krankenkasse angehört hatten. Nur für die Angehörigen der Schiffsbesatzung der Seefahrzeuge galt diese Vorschrift nicht. Dadurch war für einen ganz erheblichen Teil der Kriegerfrauen kein Anrecht auf die Wochenhilfe des Reiches vorhanden. Alle Kleingewerbetreibenden, Händler, z. T. auch Heimarbeiter, waren nicht gegen Krankheit versichert. Aber auch den Angehörigen von Kassensmitgliedern mußte häufig die Unterstützung versagt werden, weil die Männer versäumt hatten, bei Arbeitslosigkeit oder Berufswechsel ihre Mitgliedschaft bei der Kasse fortzusetzen.

Jetzt ist die Kriegswochenhilfe nun ausgedehnt worden auf alle minderbemittelten Frauen, deren Männer dem Staate Heeresdienste leisten. Als minderbemittelt gelten von vornherein alle Frauen, die Kriegsunterstützung erhalten und ferner diejenigen, deren Familieneinkommen vor dem Kriege in der Regel nicht mehr als 2500 Mark betragen hat und deren jetziges Einkommen nicht mehr als 1500 Mark ausmacht. Für jedes schon vorhandene Kind unter 15 Jahren können außerdem jährlich 250 Mark berechnet werden, so daß z. B. eine Frau mit 2 Kindern bei der Geburt des dritten Kindes noch Anspruch auf Unterstützung erheben kann, wenn sie ein Gesamteinkommen von jährlich 2000 Mark hat. Allerdings darf dieses nicht aus Zinsen von Vermögen herrühren.

Der Kriegswochenhilfe ist durch die neuen Verordnungen auch rückwirkende Kraft gegeben worden. In allen Fällen, wo Kriegerfrauen vor dem 8. Dezember 1914 entbunden haben und Anspruch auf Wochenhilfe gehabt hätten, wenn die Beschlüsse vom 3. Dezember 1914, 28. Januar und 24. April 1915 schon von Kriegsausbruch an wirksam gewesen wären, kann ihnen eine Beihilfe bis zum Betrage von 50 Mark gewährt werden. Diese Hilfe können sogar Frauen erhalten, denen nach dem 3. Dezember 1914 oder 28. Januar 1915 für eine Anzahl Wochen Unterstützung gezahlt worden ist, weil bis zum Inkrafttreten der Verordnungen seit ihrer Entbindung bereits einige Zeit verstrichen war.

Für die nach der neuen Bundesratsverordnung bezugsberechtigten Kriegerfrauen gelten die gleichen Unterstützungssätze, die bisher schon für die Wochenhilfe in Frage kamen, nämlich: 25 Mark als Beihilfe zu den Kosten der Entbindung, Wochenlohn für die Dauer von 8 Wochen (auch für die Sonn- und Feiertage) in Höhe von 1 Mark täglich, Entschädigung bis zur Höhe von 10 Mark für ärztliche Behandlung und Hebammendienste bei Schwangerschaftsbeschwerden, Stillgeld neben dem

Wochengeld in Höhe von 50 Pfg. täglich bis zum Ablauf der 12. Woche.

Bis zum 24. April war der Kreis der Personen, die Anspruch auf die Kriegswochenhilfe hatten, fest begrenzt und verhältnismäßig leicht festzustellen. War der Ehemann bis zum Eintritt in den Heeresdienst eine bestimmte Zeit hindurch Kassenmitglied, erhielt die Frau Unterstützung. Und doch haben sich schon aus diesen Vorschriften Schwierigkeiten ergeben. Diese werden jetzt erheblich größer werden, weil die Berechtigung zur Inanspruchnahme in allen Fällen nun nicht mehr so leicht festgestellt werden kann. Deshalb ist dringend zu empfehlen, daß die Frauen sich rechtzeitig vor der Niederkunft um die Unterstützung bemühen und ihre Ansprüche darauf beizeiten entweder bei den Krankenkassen (wenn ihre Männer Kassenmitglieder waren oder sie selbst einer Kasse angehören) oder, wenn dies nicht der Fall ist, in den Kommissionen, die ihnen die Kriegsunterstützung auszahlen, anmelden. Dann brauchen sie später nur die erfolgte Entbindung bekanntgeben und die Sache ist erledigt. Im andern Falle können Wochen vergehen, ehe die Auszahlung der Unterstützung erfolgen kann.

Eine wichtige Verbesserung bringt die neue Bundesratsverordnung ferner durch die Bestimmung, daß jetzt auch uneheliche Mütter Unterstützung erhalten können, allerdings nur dann, wenn ihnen für ihr Kind Kriegsunterstützung gezahlt wird. Die rückwirkende Kraft wird vielen dieser armen Geschöpfe aus großer Not helfen.

Im übrigen verweisen wir auf die in Nr. 13 der „Ameise“ bereits gemachten Mitteilungen über die Kriegswochenhilfe. Es ist dringend zu wünschen, daß die Kenntnis über ihre Bestimmungen mehr als bisher in die Familien der arbeitenden Bevölkerung dringt, denen sie in der jetzigen schweren Zeit den Kampf ums Dasein erleichtern hilft.

Der Metallarbeiterverband im Jahre 1914.

Die Jahresabrechnung, die in Nr. 18 der Metallarbeiterzeitung veröffentlicht wird, ist durch den Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen sehr stark beeinflusst worden. Der Mitgliederwechsel im Berichtsjahre übertraf den früherer Jahre bedeutend. Es traten ein 89 382 Mitglieder, übergetreten sind 5218, vom Heer zurück meldeten sich 6905, sodaß der gesamte Zugang 101 499 betrug. Trotz dieses Zugangs ist die Mitgliederzahl, auch wenn man die zum Heer einberufenen 185 081 Mitglieder von vornherein abrechnet, um 36 936 gesunken. Ende 1913 war die Mitgliederzahl 544 934, Ende 1914 322 917, Abnahme 222 017. Von den 36 936 Abgegangenen wird ein Teil wohl ebenfalls einberufen worden sein, der größere Teil davon ist jedenfalls aus Ursachen ausgeschieden, die auch auf den Krieg zurückzuführen sind.

Die reinen Einnahmen des Verbandes betragen 15 206 935 Mark (1913: 18 638 525 M.). Die Differenz von 3 431 590 Mark ist hauptsächlich durch die Mindereinnahme an Beiträgen entstanden. Bei dem durch die zahlreichen Einberufungen vermindertem Mitgliederbestand ist diese Mindereinnahme aus Beiträgen ohne weiteres erklärlich.

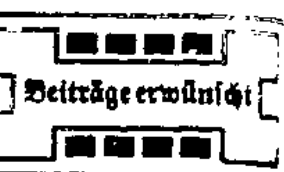
Die Ausgaben für Unterstützungen erhöhten sich gegen das Vorjahr trotz der bedeutend gesunkenen Mitgliederzahl in den 22 Kriegswochen des vorigen Jahres und trotz teilweiser Beschränkung und Aufhebung von einigen Unterstützungsarten um 488 814 M. Es sind jedoch nur die Ausgaben für das Sterbegeld und die Arbeitslosenunterstützung gestiegen, für alle anderen Zweige waren sie geringer. Es erforderten: das Reisegeld 389 824 M. (1913: 513 443 M.), die Umzugsunterstützung 116 019 M. (154 069 M.), die Krankenunterstützung 3 332 282 M. (4 188 345 M.), die Arbeitslosenunterstützung 7 394 311 M. (3 229 200 M.), die Streitunterstützung 1 096 465 M. (3 616 765 M.), die Maßregelungen 162 830 M. (267 092 M.), die besonderen Notfälle 77 748 M. (105 338 M.), das Sterbegeld 112 375 M. (135 895 M.), der Rechtschutz 39 330 M. (53 062 M.). Für sieben Unterstützungs Zweige war die Ausgabe um 3 683 075 M. geringer, für zwei um 4 171 890 M. höher. Die Krankenunterstützung wurde nur ungefähr bis Mitte August gezahlt, wie es von den Gewerkschaften fiel sie von da an aus, weil sie die Kasse zu sehr belastet haben würde.

Die Erhöhung der Streitunterstützung wurde durch den „Burgfrieden“ verhindert; die Ausgaben für die übrigen Zweige — ausgenommen das Sterbegeld — blieben geringer als im Vorjahre wegen der verminderten Mitgliederzahl.

Die Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung ist es, die der Jahresrechnung den Stempel aufdrückt. Ihr kam bisher während des Krieges die größte Bedeutung zu, und sie wird diese auch noch weiter lange über den Krieg hinaus behalten. Der Vorsicht, die die Verbandsleitung bei Ausbruch des Krieges geeignete Sicherheitsmaßregeln treffen ließ, ist es zu danken, daß der Verband bisher die Wirkungen des Krieges gut überstanden hat und so aller Voraussicht nach weiter überstehen wird. Das Vermögen der Hauptkasse hat sich zwar von 13 112 004 M. um 1 706 448 M. auf 11 544 353 M. verringert, was jedoch zu Befürchtungen keinen Anlaß bietet. Billigen wird man es aber nur können, daß das Verbandsorgan davon abrä, voreilige Beschlüsse zu fassen, die die finanziell sichere Grundlage des Verbandes erschüttern könnten. Denn nach dem Kriege wird der Verband wie alle übrigen Gewerkschaften erst recht außerordentliche Leistungen zu vollbringen haben.



Aus unserem Berufe



Die deutsche Sprache in der Reklame. Die reine deutsche Sprache auch in der Reklame einzuführen, ist das Bestreben bestimmter Kreise seit einiger Zeit. In Berlin hat das Polizeipräsidium bereits eine Anzahl Geschäftsinhaber aufgefordert, alle fremdländischen Bezeichnungen auf den Firmenschildern, Aufschriften der Schaufenster usw. zu entfernen. Vereine, die sich die „Reinigung“ der deutschen Sprache zum besonderen Ziel gesetzt haben, suchen Anschluß an andere Vereinigungen zu bekommen, von denen sie erwarten dürfen, Helfer für ihre Bestrebungen zu gewinnen, um diese mit umso größerem Nachdruck und Aussicht auf Erfolg vertreten zu können. Herr Georg Wagner, in den Kreisen der Berliner Schildermaler kein Unbekannter, hat bereits mit Recht angeführt, daß man dem Kaufmann, den man besonders für die Sprachreinigungsbestrebungen zu gewinnen sucht, nicht zu viel in dieser Beziehung zumuten sollte.

Unlängst fand in Berlin eine Versammlung statt, in der auch eine bekannte Plakat-Vereinigung als Mitveranstalter in Frage kam. Ein Professor Dr. Eduard Engel referierte über die mögliche und notwendige Ausmerzung der Fremdwörter in der deutschen Sprache. Der Herr Professor bezeichnete es als eine Schande, daß so viele Deutsche Worte aus der französischen und englischen Sprache gebrauchten, ohne selbst diese Sprachen zu kennen und zu beherrschen. Berlin würde deshalb nicht mit Unrecht, wie noch manche andere, als französische Stadt bezeichnet. Unter je drei Geschäften wäre mindestens eines, das fremdländische Anschriften oder Firmenschilder habe. In jeder Zeitung könne man in einem Umfange von 10 Zentimetern mindestens ein Fremdwort finden. Friseur, Institut, Prima, Extra, Qualität, Garantie usw. wechseln in den Anpreisungen der Geschäfte fortgesetzt ab. Es sei aber erwiesen, daß sich gerade hinter diesen in Fremdwörtern ausgedrückten Anpreisungen der größte Schwindel verberge. Wenn man z. B. im Innern Berlins an einem Schaufenster lesen könne: „Garantiert echte Imitation“, so sind das unhaltbare Zustände. Die Zeit wird kommen, wo sich die Regierung mit diesen Dingen beschäftigen muß. Dem Ansehen des Kaufmannsstandes würde es förderlicher sein, wenn vorher die Uebelstände auf diesem Gebiete beseitigt würden. Es wird zwar immer Leute geben, die über Neuerungen ihre Glossen und sich darüber lustig machen, das darf jedoch nicht abhalten, dem gesteckten Ziele auch fernerhin zuzustreben. Alle jene Bezeichnungen, wie Post, Postanweisung, Fahrchein, Bahnsteig, Sternwarte usw. sind bei der Einführung bewigelt worden, und heute hält sie jeder für selbstverständlich. Die Fremdwörter lassen sich alle durch deutsche Ausdrücke ersetzen, für „Garantie“ z. B. „Verbürgt“ usw. Die heutige „Zigeunersprache“ muß verschwinden, wir machen uns damit nur lächerlich.

Welchen Umfang diese Bewegung anzunehmen droht, geht aus einer Zuschrift der Frau von Boddin an den Allgemeinen deutschen Sprachverein hervor, in der sie sagt, daß die abschaulichen, langen, steifen und eierförmigen lateinischen Buchstaben unterlassen und dafür deutsche Buchstaben in Anwendung kommen sollten. Dann sei es erst die wahre deutsche Sprache.

An diesem Punkte beginnt diese Frage auch für uns Schildermaler Interesse zu gewinnen. Gegen die Belämpfung der schwindelhaften Anpreisungen haben wir, wie wohl jeder leidlich vernünftige Mensch, nichts einzuwenden. Wir haben aber keine Veranlassung, uns den weitergehenden Forderungen anzuschließen, die dahin gehen, alle Firmenschilder, Plakate usw.

nur in gotischer oder Frakturchrift auszuführen. Wenn an verschiedenen amtlichen Stellen mit der Ausmerzung entbehrlicher Fremdwörter begonnen werden sollte, haben wir auch nichts einzuwenden. Wir würden uns auch nicht dagegen sträuben, wenn die Mediziner genötigt würden, Rezepte u. m. a. in deutscher Sprache zu schreiben. Als Schildermaler sind wir aber in unserm Berufe von der Geschäftswelt abhängig und können aus diesem Grunde nur wünschen, daß man dieser möglichst selbst überläßt, wie sie ihren Interessen glaubt am besten dienen zu können. Die Handelsbeziehungen mit andern Nationen, die auch nach dem Kriege wieder gesucht und hoffentlich auch gefunden werden, werden es mit sich bringen, daß Fremdwörter und fremde Schriftzeichen nicht zu entbehren sind, sie werden auch in der Kellame nach wie vor eine Rolle spielen. Als Kultur- und Handelsvölkler können wir uns unmöglich mit einer sprachlichen Mauer umziehen, sondern werden uns bemühen müssen, anderssprechende Völker zu verstehen und für Handelsbeziehungen zu gewinnen suchen.

Ludwig, Berlin.

Vermischtes

Dem „Sprechsaal“ zufolge ist für die Jubiläumstiftung der Thüringer Städte vom Senat der Universität Jena auf Vorschlag der medizinischen Fakultät als Preisaufgabe das Thema gestellt worden: „Die Tuberkulose-Sterblichkeit der Porzellanarbeiter Thüringens ist zu untersuchen.“

Die Verstaatlichung des Versicherungswesens ist schon oft Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen und immer von dem Gesichtspunkt aus beurteilt worden, daß es ein soziales Umding ist, wenn einzelne Personen und einzelne Gesellschaften sich aus dem Betrieb eines Versicherungsgeschäfts auf Kosten der Versicherten bereichern. Schon im Jahre 1881 veröffentlichte Professor Adolf Wagner eine Schrift „Der Staat und das Versicherungswesen“, worin er zu dem Schlussergebnis kommt: „Die Versicherung ist ihrer Natur nach kein „Geschäft“, das der „freie Verkehr“ übernehmen und ausführen soll. Sie ist eine „öffentliche Einrichtung“ und muß als solche behandelt werden.“ Das Versicherungs„geschäft“ blüht aber im freien Verkehr bis heute lustig weiter.

Es scheint nun, daß in Rücksicht auf die kolossalen Geldbedürfnisse des Reiches nach dem Kriege der Gedanke der Verstaatlichung der Feuer- und Lebensversicherung auch in Regierungskreisen aufgenommen werde und die privaten Gesellschaften fürchten müssen, ihre fette Weide zu verlieren. Anders sind die Alarmrufe nicht zu verstehen, die bereits von zwei Herolden des privaten Versicherungsgeschäfts ausgestoßen werden.

In der „Zeitschrift für die gesamte Versicherungs-Wissenschaft“ veröffentlicht der frühere Präsident des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung und jetzige Aufsichtsrat der von 30 Privatgesellschaften gegen die Volksfürsorge gegründeten „Deutschen Volksversicherung A.-G.“, Dr. Bruner, einen langen Artikel, in welchem er unter Glorifizierung des privaten Versicherungsgeschäfts vor einer Verstaatlichung graulich zu machen sucht, und es für besser erklärt, wenn das staatliche Geldbedürfnis durch eine höhere Besteuerung der privaten Gesellschaften, d. h. durch eine noch schärfere Belastung der Versicherten durch höhere Prämien befriedigt würde. Neben Bruner bemühte sich der Breslauer Subdirektor D. Konicki in Breslau kürzlich, in einem Vortrag gegen die Verstaatlichung der Lebensversicherung mobil zu machen, die einen Eingriff in das Privateigentum bedeute! Für ihn wäre das schrecklich, denn, wie er in seinen Vorträgen sagt, würde durch die Verstaatlichung eine immer mehr zunehmende ungeheure Masse des privaten Vermögens in die Hände des Staates gelangen!

Das Versicherungskapital macht also mobil. Das Volk darf sich bei dieser Frage von diesen interessierten Warnern ebensowenig irreführen lassen wie von dem rein fiskalischen Geldbegehren der Regierung; für das Volk ist die Versicherung alles, das Geschäft nichts!

Konsumenten und künftige Ernte. Einer rechtzeitigen, ausreichenden und preiswerten Versorgung der großen Masse der Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungs- und Bedarfsartikeln haben sich in den bisherigen Kriegsmonaten die überaus starken Einflüsse der Produzenten und Händler entgegengestemmt. Nur mit äußerster Kraftanstrengung konnte der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen durch seine zahl-

reichen Eingaben, Rücksprachen an maßgebender Stelle und Beeinflussung der öffentlichen Meinung die ärgste Veräumnis auf diesem für die Landesverteidigung geradezu ausschlaggebenden Gebiete vermeiden und die Regierungspolitik in die allein Erfolg versprechende Bahn der reichsmonopolartigen Regelung der Lebensmittelversorgung drängen. Es ist daher nur zu verständlich, wenn die Organisation der deutschen Verbraucher bei der künftigen Ernte von vornherein ihre Wünsche zum Ausdruck bringen und dieses Mal rechtzeitig an der Regelung der Dinge im Interesse der hinter ihr stehenden Massen mitarbeiten will. Der Gesamt-Vorstand des Kriegsausschusses berief zu diesem Zwecke auf Sonntag, den 16. Mai in die Vittoriabrauerei, Berlin W 35, Lützowstraße 111 eine Tagung des gesamten Kriegsausschusses ein, in dem außer dem geschäftsführenden und dem Gesamt-Vorstand jede direkt angeschlossene Organisation einen Vertreter besaß. Der bekannte Physiologe an der Landwirtschaftlichen Hochschule, Geheimrat Professor Dr. Jung sprach über das Thema: „Die Sicherung der kommenden Ernte für die Konsumenten“. Die wichtigsten Punkte, Beschlagnahme der nötigsten Produkte, Höchstpreise für die Erzeuger, Groß- und Kleinhändler, Verteilung der Waren usw. wurden dabei nach den vielseitigen Erfahrungen der bisherigen Kriegszeit beantwortet. Eine Aussprache, zu der auch andere Wissenschaftler und Praktiker, die bisher schon der Konsumentenbewegung ihre Unterstützung zuteil werden ließen, hinzugezogen wurden, dürfte den Teilnehmern an der Tagung eine willkommene Gelegenheit zu Meinungsäußerungen geboten haben. — Vor diesen ganzen Erörterungen hatte sich die Konferenz mit dem Tätigkeitsbericht des Gesamt-Vorstandes zu befassen. Außerdem mußte die Weiterarbeit des Kriegsausschusses, der Ende vorigen Jahres in Erwartung eines baldigen Kriegsendes nur bis zum 1. Juli 1915 begründet und finanziert worden war, durch die Organisationsvertreter beschlossen und gesichert werden. Die Bereitwilligkeit der angeschlossenen Verbände hierzu dürfte angesichts der Notwendigkeit weiterer energischer Vertretung der Konsumenteninteressen und der bisherigen Erfolge der Bewegung wohl vorausgesetzt werden.

Bei der Kriegsversicherungskasse der Volksfürsorge sind bis zum 4. Mai für 29 483 Kriegsteilnehmer 41 270 Anteilsscheine erworben worden, so daß jetzt 206 350 Mark für die Hinterbliebenen der im Kriege Sterbenden zur Verfügung stehen. — Bei der ungeheuer großen Zahl von eingezogenen Arbeitern, die mit der Gefahr zu rechnen haben, ihr Leben einzubüßen bei den furchterlichen Kämpfen des Krieges, ist die Zahl der Versicherten, für deren Familien die Versicherung von großem Wert ist, sehr gering. Es gibt gewiß Tausende von Arbeiterfamilien, die sich und ihren Freunden nach dem Kriege Vorwürfe machen werden, daß sie sich die Vorteile der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse durch Erwerb von Anteilsscheinen nicht gesichert haben.

Zur Wiederbelebung aller aus Anlaß des Krieges eingestellten Versicherungen fordert die Volksfürsorge ihre Versicherten in ihrer letzten Monatschrift auf. Die Einstellung der Prämienzahlung für abgeschlossene Versicherungen bringt immer Nachteile für die Versicherten, jedenfalls geht der Anspruch auf die Auszahlung der vollen Versicherungssumme bei eintretendem Tode verloren. Vielfach sind bei Beginn und in der ersten Zeit des Krieges Prämienzahlungen eingestellt worden aus übertriebener Angst vor den verheerenden wirtschaftlichen Schädigungen des Krieges, vielfach ist auch die Prämienzahlung unterlassen worden durch Unterbrechung des regelmäßigen Prämienbezuges bei Einberufungen von Vertrauensmännern und deren Ersatzleuten. Beide Hindernisse sind in den meisten Fällen zu überwinden oder schon überwunden, und die nachteiligen Folgen können wieder beseitigt werden. Die Wiederbelebung kann sofort erfolgen. Es können entweder die rückständigen Prämien nachgezahlt werden, und die Versicherung läuft in der ursprünglichen Form weiter, oder aber sie wird ohne Nachzahlung der rückständigen Prämien wieder in Kraft gesetzt unter Hinausschiebung des Beginns und des Endtermins der Versicherung um diejenige Zeit, während welcher Prämien nicht entrichtet wurden. In derselben Weise und unter denselben Bedingungen können Versicherungen, die den Versicherungsbedingungen entsprechend bereits automatisch umgewandelt wurden, wieder in ursprünglicher Höhe in Kraft gesetzt werden. Je früher die Wiederbelebung erfolgt, um so eher sichert sich der Versicherte die Garantie auf die Auszahlung der vollen Versicherungssumme beim eintretenden Tode. Wer es möglich machen kann, schon jetzt die Prämienzahlung wieder aufzunehmen, sollte das sofort tun, niemand ist auch nur eine Stunde seines Lebens sicher.

Gegen das Taylor-System in den Vereinigten Staaten.
 Die amerikanischen Gewerkschaften haben in ihrem Kampfe gegen den modernen Hehvogt einen bedeutamen Erfolg zu verzeichnen. Das Abgeordnetenhaus hat nämlich einstimmig einen Zusatz zum Militärbudget beschlossen, wonach keinerlei Mittel zur Bezahlung von Leuten oder für Arbeiter verwendet werden dürfen, welche dazu dienen, mit Stoppuhr oder anderen Zeitmessern Kontroll- und Antreibesysteme durchzuführen. Auch die bisher viel gebräuchlichen Lohnzuschläge für besondere Leistungen müssen fortfallen. Der Beschluß — vorausgesetzt, daß ihm nicht wieder findige Richter den Boden entziehen — bedeutet eine schwere Niederlage für die Leiter der Staatsbetriebe, die seit Jahren das Taylor-System eingeführt und auch öffentlich verteidigt haben.

Aus anderen Verbänden

Der Textilarbeiterverband hat am 30. April eine erneute Aufstellung über den gegenwärtigen Stand der Organisation vorgenommen, die folgendes Bild ergibt: Ende des 2. Quartals 1914 zählte der Verband 133 024 Mitglieder, davon 52 122 weibliche; am 30. April 86 569 Mitglieder, davon 42 240 weibliche. Zum Heere waren bis zum genannten Tage eingezogen 26 266 = 32,5 Prozent, davon waren verheiratet 17 181. — Für Unterstützungen wurden während der Kriegszeit 952 767 Mark ausgegeben, davon allein 789 670 Mark für Arbeitslosenunterstützung. — Am Erhebungstage wurden 4579 Arbeitslose gezählt = 5,5 Prozent. Die Arbeitslosenziffer ist gegenwärtig fünfmal so hoch, als im gleichen Monat des Vorjahres, trotzdem rund ein Drittel der männlichen Mitglieder zum Heeresdienste eingezogen sind.

Damit ist aber das Bild der Arbeitslosigkeit noch nicht annähernd erschöpft. Am 30. April wurden weitere 24 588 Mitglieder gemeldet, die in gekürzter Arbeitszeit und teilweise noch zu besonders gekürzten Löhnen arbeiten.

Dabei laufen fortgesetzt immer neue Mitteilungen beim Verbandsvorstande ein, daß die Arbeitsbeschränkung in verschiedenen Bezirken immer noch mehr um sich greift. Teilweise sind die Militäraufträge erledigt.

Literarisches

Der Arbeiterschutz in Deutschland. Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags. Mit 21 Abbildungen. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis 1 20 Mk.

Die soziale Gesetzgebung der verschiedenen Länder schlägt verschiedene Wege zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein. Um entscheiden zu können, wo die Lösung ihrer Probleme am besten gelungen ist, bedarf es einer genauen Kenntnis aller einschlägigen Bestimmungen. So wurde, besonders auch im Ausland, oft der Wunsch nach einer zusammenfassenden Darstellung des Arbeiterschutzes in Deutschland geäußert. Dem verdankt diese Schrift ihre Entstehung. Was sie geben will, ist weder ein geschichtlicher Rückblick über die Entwicklung des Arbeiterschutzes noch eine Erörterung theoretischer Fragen, sondern nur eine knappe Uebersicht über die hauptsächlichsten Bestimmungen des geltenden Rechts sowie einige kritische Betrachtungen. Nicht auf die Einzelheiten kommt es dem Verfasser dabei an, vielmehr nur darauf, die wichtigsten Gesetze in ihrem Inhalt und ihrer praktischen Handhabung denen zum Verständnis zu bringen, die der Materie fremd gegenüberstehen. Der erste Abschnitt behandelt den Schutz der Kinder, der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, ferner die Rechtsverhältnisse, die Unfallverhütung und die Kontrolle der Betriebe; der zweite das umfassende Gebiet der Arbeiterversicherung, deren Leistungen, Geltungsbereich und Verwaltungsformen. Die beigegebenen Aufnahmen einer Anzahl Heilanstalten und praktischer Arbeiterschutzeinrichtungen sollen diesen kurzen Führer durch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ergänzen und die Darstellung veranschaulichen.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Josef Ferstl, Dreher, geboren am 26. August 1886 in Niedenburg (Oberpfalz), gestorben am 3. Mai in Tauxhagen am Herzogshage. Mitglied der Zählstelle Firscherenth.

Ludwig Stöhr, Brenner, geboren am 2. Februar 1886 in Kronsdorf (Böhmen), gestorben am 2. März in serbischer Gefangenschaft am Topf. Mitglied der Zählstelle Schirnding.

Richard Klein, Porzellanarbeiter, geboren am 20. März 1888 in Schöppenbrunn, gestorben am 1. April in serbischer Gefangenschaft am Topf. Mitglied der Zählstelle Schirnding.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.
Farge. Reinhardt Nienburg, Dreher, geboren am 26. März 1862 in Retum, gestorben am 10. Mai am Herzogshage. Mitglied seit 1889.
 Ehre seinem Andenken!

Adressen-Änderungen

- Fraureuth.** Schriftführer Josef Martin, Regentenstraße 4.
- Kera bei Elgersburg.** Kassierer Wilhelm Döhler, Dreher, Heide.
- Mengersgereuth.** Kassierer und Vorsitzender Ferd. Hollmann, Sonneberg.
- Probitzella.** Kassierer Christiane Siegel, Gräfenthaler Str. 108.
- Stadtlengsfeld.** Vorsitzender Wilhelm Weigler, Kassierer Arthur Kolbig, Revisor Heinrich Rudolf.
- Teltow.** Schriftführer Rudolf Dreher, Dreher, Hamburger Platz 1. Revisor Heinrich Seelmann, Dreher, Potsdamer Str. 54.

Versammlungs-Anzeigen

- Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.**
- Bunzlau.** Sonnabend, 29. Mai, 8 Uhr, im „Deutschen Reich“.
- Ellerwerda.** Sonnabend, 5. Juni, 8 Uhr, im „Schwarzen Adler“.
- Frankfurt a. M.-Offenbach.** Sonnabend, 22. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Remm, Große Rittergasse 56.

Geschäfts-Anzeigen
 Preis der 2 gespaltenen Zeilen 30 Pfennig
 Vorausbezahlung ist Bedingung

Alle Goldabfälle kauft höchstzahlend
H. Langhammer, Wilkau bei Zwickau i. Sa.

Goldschmiere, goldh. Malrückstände usw.
 kauft **M. Köhler, Dresden-H., Gericht-Strasse 8 II.**
 Höchste Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort Kasse.

Goldschmiere und Goldflaschen kauft zu hohen Preisen bei reeller Bedienung
Hans Rottmann, Stadtilm in Thür., Bahnhofstr.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle
 Edelmetall-Schmelze Gebrüder 1896
 Osterwoldstrasse 32 **Otto Seifert, Zwickau S.**

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Bergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung
Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Gold-, Silber- und Platinabfälle
 als Schmiere, Asche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Klöpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend
Max Haupt, Dresden-H., Bönischplatz 17.

Goldabfälle jeder Art
 schmilzt und kauft höchstzahlend
 Goldschmelze **E. Hecht, Berlin N 54, Weinbergsweg 3.**

Segeltuch- = Arbeitsschuhe, Sandalen, Pantoffeln usw. liefert in dauerh. Ausführung zu billigsten Preisen **F. Siebhardt, Timenau i. Thür.** Preisliste frei.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Kofmenstr. 4.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Kofmenstr. 4.
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.